

Stadt Bad Freienwalde (Oder)

Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales, Jugend und Sport

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Soziales, Jugend und Sport vom 19.11.2025

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:00 Uhr

Tagungsort: Ratssaal

Anwesende:

Vorsitzende/r:

Frau Ramona Gorski

Mitglieder:

Herr Jan Behrendt

Frau Carolin Gorski

Herr Torsten Schaffrath

Herr Dr. Reinhard Schmook

Sachkundige Einwohner:

Herr Philipp Dechsheimer

Frau Anke Gerhard-Kriemelke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 10.09.2025
4. Feststellung von Ausschließungsgründen gem. § 22 BbgKVerf
5. Beantwortung der Fragen aus der letzten Ausschusssitzung
6. Informationen der Verwaltung zur Baumaßnahme Außenbereich Fontaneschule
7. Beratung und Beschlussfassung für die Beauftragung des Zweckverbandes Digitale Kommunen Brandenburg (ZV DIKOM) mit dem Betrieb des Fachverfahrens VOIS | TEVIS zur Terminverwaltung.
Vorlage: BV/077/2025
8. Verteilung der Stellen in der Stadt Bad Freienwalde (Oder) für sozialpädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit und Jugendarbeit über das Personalkostenförderprogramm im Landkreis Märkisch-Oderland
Vorlage: BV/099/2025
9. Beratung und Beschlussfassung zur Bereitstellung von finanziellen Aufwendungen/Auszahlungen zur Sicherung der Finanzierung der Kooperationsvereinbarungen zur Umsetzung von Schulsozialarbeit an den Grundschulen und der Oberschule in der Trägerschaft d
Vorlage: BV/100/2025

10. Beratung und Beschlussfassung zur Umsetzung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf der B 158a zwischen Altgietzen und Hohenwutzen(Konradsbrück) im Bereich der Bushaltestelle.
Vorlage: FA/012/2025
11. Anfragen / Informationen
12. Entwurf einer Richtlinie zur freiwilligen Förderung in den Bereichen Sport, Soziales und Kultur in der Stadt Bad Freienwalde (Oder) "Kleinstförderung"
Vorlage: IV/023/2025

Sitzungsverlauf:

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Die Tagesordnung, einschließlich der notwendigen Unterlagen, ist allen Stadtverordneten fristgemäß mit der Einladung zugegangen.

Herr Dechsheimer sagt, dass ihm keinerlei Unterlagen zugegangen seien.

Frau Gorski sagt, dass Herr Dechsheimer ihr das per E-Mail mitgeteilt habe. Daraufhin hätte Frau Gorski in der Verwaltung telefonisch darüber informiert. Die Verwaltung habe ihr mitgeteilt, dass alle Sitzungsunterlagen per E-Mail bzw. die Niederschrift und die Einladung per Post an ihn versandt worden wären. Sie bittet Herrn Dechsheimer, sich diesbezüglich nochmal bei der Verwaltung zu melden.

Frau Gerhard-Kriemelke merkt an, dass sie keinerlei Unterlagen per E-Mail erhalte, sondern alles per Post bekomme.

Die Tagesordnung, einschließlich der notwendigen Unterlagen, ist allen anderen Stadtverordneten fristgemäß mit der Einladung zugegangen.

Der Ausschuss war zu Beginn der Sitzung mit 5 von 5 Stadtverordneten beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in vorliegender Form bestätigt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 10.09.2025

Es wurden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vorgebracht. Die Niederschrift wurde in vorliegender Form bestätigt.

4. Feststellung von Ausschließungsgründen gem. § 22 BbgKVerf

Die Vorsitzende bat die Abgeordneten, sollten sie der Annahme sein, an der Beratung und Beschlussfassung eines Tagesordnungspunktes nicht teilnehmen zu dürfen, dies bei dem entsprechenden Punkt anzuzeigen.

5. Beantwortung der Fragen aus der letzten Ausschusssitzung

Frau Gorski sagt, dass Frau Friedrich an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. An ihrer Stelle ist Frau Pohlmann als Vertretung der Verwaltung anwesend. Aufgrund der Kurzfristigkeit kann Frau Pohlmann die Fragen aus der letzten Ausschusssitzung nicht beantworten. Sie schlägt vor, die Beantwortung der Fragen auf die nächste Ausschusssitzung im neuen Jahr zu verschieben.

6. Informationen der Verwaltung zur Baumaßnahme Außenbereich Fontaneschule

Frau Gorski beantragt das Rederecht für Frau Schellhase.

Abstimmungsergebnisse über das Rederecht:

Ja 5 Nein 0 Enthaltungen 0

Frau Schellhase berichtet, dass der Belag des Schulhofes inzwischen aufgebracht wurde. Die Spielgeräte seien noch nicht geliefert worden. Der Liefertermin sei noch unklar. Sie beschreibt, dass die Schule an der Baumaßnahme kaum beteiligt wurde. Als sie von der Baumaßnahme erfuhr, war der Bau bereits in vollem Gange und es sei zu spät gewesen, Anregungen und Wünsche der Schule bzw. der Kinder einzuarbeiten. Frau Baron habe daraufhin eine Anfrage an Herrn Lehmann geschickt. In der Stellungnahme habe gestanden, dass die Schule von Anfang an mit einbezogen worden wäre und auch die Kinder ihre Wünsche hätten äußern können. Frau Schellhase erklärt, dass die Stellungnahme überhaupt nichts mit der Wahrheit zu tun gehabt hätte. Sie habe aber dennoch nicht auf die Stellungnahme geantwortet, da der Schulhof zu diesem Zeitpunkt schon halb fertig war und eine Diskussion sowieso nichts gebracht hätte. Der Schulhof sei aktuell fertig und könne wieder genutzt werden, es fehlen nur noch Spielgeräte und Sitzgelegenheiten.

Frau Pohlmann sagt, dass ihr von Herrn Voigt mitgeteilt wurde, dass der Lieferungstermin der Spielgeräte noch unklar sei. Erst wenn die Spielgeräte aufgestellt sind, könnten Bänke und Abfalleimer aufgestellt werden, um die notwendigen Abstände einzuhalten. Weiterhin habe Herr Voigt ihr mitgeteilt, dass man bezüglich der fehlenden Beteiligung der Schule nur nochmal eine Anfrage an den zuständigen Fachbereich machen könne. Er selbst habe dazu auch keine näheren Informationen.

7. Beschluss Nr.: BV/077/2025 Beratung und Beschlussfassung für die Beauftragung des Zweckverbandes Digitale Kommunen Brandenburg (ZV DIKOM) mit dem Betrieb des Fachverfahrens VOIS | TEVIS zur Terminverwaltung.

Frau Gorski beantragt das Rederecht für Herrn Falk.

Abstimmungsergebnisse über das Rederecht:

Ja 5 Nein 0 Enthaltungen 0

Herr Falk erklärt, dass durch diesen Beschluss eine Terminvergabe für die Verwaltung eingerichtet werden soll. Dies soll über den Zweckverband DIKOM erfolgen, über den bereits die Software für das Einwohnermeldewesen und das Gewerbewesen läuft. Dafür soll ein weiteres Modul beschaffen werden. Durch diese Beschaffung soll eine digitale Terminvergabe möglich gemacht werden, sodass die Bürgerinnen und Bürger online oder per Telefon Termine außerhalb der offenen Sprechzeiten vereinbaren können.

Herr Schaffrath sagt, dass die Terminvergabe schon 2022 das erste Mal beauftragt worden wäre. Er fragt, wie hoch die Differenz zu dem Wert aus 2022 im Vergleich zu heute ist.

Herr Falk antwortet, dass die Differenz in der Beschlussvorlage ganz am Ende angegeben ist. Die Verzögerung entstand dadurch, dass der Zweckverband DIKOM diese Leistung 2022 nicht anbieten konnte. Die finalen Summen seien erst in diesem Jahr bekannt geworden.

Frau Gorski sagt, dass im Finanzausschuss die Frage aufkam, ob diese Leistung direkt bezahlt wird oder erst, wenn alles funktioniert. Sie verweist auf das neue Ratsinformationssystem, bei dem auch noch immer nicht alles funktioniert.

Herr Falk antwortet, dass die Leistung erst bezahlt, wenn sie von der Stadt vollständig abgenommen ist. Vorher gäbe es dann eine entsprechende Testphase. Er rechne mit einer Umsetzung im 1. Quartal 2026.

Frau Gorski fragt nach dem aktuellen Stand zum Ratsinformationssystem.

Herr Falk antwortet, dass das System soweit produktiv ist und die Problematik der Recherchefunktion ein separates Problem darstellt, an dem aber gearbeitet werde. Es müssten noch einige Abstimmungen mit Frau Neumann-Körper erfolgen, da sie als Fachbereichsleiterin die Ansprechperson für das Ratsinformationssystem sei.

Herr Dr. Schmook fragt, was ältere Bürgerinnen und Bürger tun, die keinen Internetzugang haben.

Herr Falk erklärt, dass diese Menschen dann ganz normal im Einwohnermeldeamt anrufen können und die Mitarbeiter ihnen dann einen Termin im Programm reservieren. Er erläutert die Praktikabilität des Systems auch dadurch, dass bei Mitarbeiterausfällen die Termine dann verschoben, abgesagt oder durch einen anderen Mitarbeiter übernommen werden können.

Frau Gerhard-Kriemelke berichtet, dass sie selbst auch in einer Kommunalverwaltung tätig ist, die dieses System bereits einwandfrei nutzt. Es funktioniere parallel zur normalen Terminvergabe per Telefon und die Mitarbeiter würden viel Zeit sparen.

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Beschluss Nr.: BV/099/2025
Verteilung der Stellen in der Stadt Bad Freienwalde (Oder) für sozialpädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit und Jugendarbeit über das Personalkostenförderprogramm im Landkreis Märkisch-Oderland

Frau Pohlmann erklärt, dass das Personalkostenförderungsprogramm zum 31.12.2025 auslaufe und die Verwaltung rechtzeitig klären wollte, wie es weiter geht. Das Problem sei dann gewesen, dass vom Landkreis keine verlässlichen Zahlen gekommen konnten. Erst seit dem 11.11. würden konkrete Zahlen des Landkreises vorliegen. Sowohl der Jugendförderplan als auch die Richtlinie zur Finanzierung der Personalkosten würden aber immer noch nur im Entwurf vorliegen. Die Verwaltung habe nochmal neu berechnet, wie die Zahlen jetzt aussehen würden, was aber wieder von der Beschlussvorlage abweiche. Sie händigt den Anwesenden die neuen Zahlen aus.

Frau Gorski beantragt Rederecht für Frau Köpke-Kurt.

Abstimmungsergebnisse zum Rederecht:
Ja 5 Nein 0 Enthaltungen 0

Frau Köpke-Kurt hält einen kurzen Vortrag über das Personalkostenförderprogramm. Sie erklärt, dass die Stellen auf alle Landkreise und kreisfreien Städte verteilt sind. Alle zwei Jahre muss der Landkreis

neu beantragen, wie viele Stellen wofür gebraucht werden. Sie erläutert nach welchen Kriterien diese Stellen an die Kommunen verteilt werden. Der Landkreis stellt mit den Stellen quasi die Grundausstattung, die die Gemeinde dann erweitern kann. Im letzten Jahr kam dann § 93 des Brandenburgischen Kinder- und Jugendgesetzes, der jedem Schüler ein Anrecht auf einen für sie zuständigen Schulsozialarbeiter zuspricht. Dadurch wurde ein neues Indikatoren-Modell nur für Schulsozialarbeit erstellt, woraus sich mehr Stellenanteile für die Grundschulen ergeben, aber weniger für die Oberschule. Dieses neue Modell wurde dann im Sommer im Jugendhilfeausschuss verabschiedet und danach die Verteilung der Stellen durch den Landkreis neu berechnet. Außerdem musste eine Richtlinie entwickelt werden, die erst am 11.11. verabschiedet werden konnte. Der Kreistag werde die Richtlinie, da sie den Haushalt 2026 betrifft, allerdings erst am 10.12. endgültig beschließen. Frau Köpke-Kurt erläutert zunächst die bisherige Aufteilung der Stellen und dann die neue Aufteilung, die ab 01.01.2026 Gültigkeit haben könnte. Für Bad Freienwalde sind 3,375 Stellen berechnet worden. Diese setzen sich zusammen aus 1,75 Stellen für die Jugendarbeit im OFFI, 0,5 Stellen zusammen für Inselgrundschule und Kollwitz-Grundschule und für die Sekundarschulen, also Oberschule und Gymnasium, sind es zusammen 1,125 Stellen. Wenn die Anteile nicht umgesetzt werden möchten, dann gehen die Stellen zurück an den Landkreis und andere Kommunen könnten sich darauf „bewerben“. Sie erläutert, dass die Personalkosten für die Oberschule und das Gymnasium voll durch den Landkreis finanziert sind, für die Jugendarbeit und Schulsozialarbeit aber nur teilfinanziert. Die Kommune sollte also einen Eigenanteil leisten.

Frau Gorski fragt, ob die Stadt die Stellen auch selber verteilen kann.

Frau Köpke-Kurt antwortet, dass die verteilten Anteile die sind, die umgesetzt werden müssen. Wenn an einer Schule nicht ausreichend Stunden umgesetzt werden, gehen die Anteile zurück an den Landkreis.

Herr Behrendt fragt Frau Köpke-Kurt, ob die Verteilung durch die Neuberechnung aus ihrer Sicht nun besser oder schlechter ist als vorher.

Frau Köpke-Kurt antwortet, dass es erstmal positiv zu betrachten ist, dass jeder Schüler per Gesetz einen Anspruch auf Schulsozialarbeit hat. Das System jedoch eher kritisch zu bewerten. Das Land Brandenburg habe zwar das Gesetz verabschiedet, jedoch keine Mittel zur Finanzierung von Schulsozialarbeit bereitgestellt. Es gäbe viele Kommunen, die bisher noch gar keine Schulsozialarbeit an ihren Schulen hätten. Die verteilten Stellen seien viel zu knapp bemessen und bedürfen eigentlich einer Aufstockung durch die Kommunen, um wirklich pädagogisch wertvoll zu sein. Dafür fehle aber zumeist das Geld. Ihrer Meinung nach seien die Stellen sehr ungünstig verteilt worden.

Herr Schaffrath fragt, ob es richtig sei, dass Bad Freienwalde vorher 3,5 Stellen zustanden und jetzt nur 3,375 Stellen, also weniger.

Frau Köpke-Kurt bestätigt das. Sie erklärt, dass die Stellen jetzt anders verteilt sind und das Gymnasium noch hinzugekommen ist.

Frau Gorski sagt, dass die Fontane-Schule die meisten Kinder mit Migrationshintergrund habe und fragt, ob es möglich wäre, dieser Schule mehr Stunden zuzuteilen. Wie würde das funktionieren?

Frau Köpke-Kurt antwortet, dass eine Verschiebung nicht sinnvoll wäre, da die anderen Schulen die Schulsozialarbeit auch benötigen. Es wäre aber möglich, dass die Stadt die geplanten 37 Stunden pro Woche an der Fontane-Schule auf 39 Stunden, also eine Vollzeitstelle, aufstockt.

Frau Schellhase sagt, dass sie sich freuen würde, wenn die Stelle der Schulsozialarbeiterin an ihrer Schule, Frau Schmidt, wieder aufgestockt werden würde, da der Bedarf besteht. Sie erklärt, dass es die Möglichkeit gab, über das Startchancen-programm eine zweite Stelle zu beantragen. Dies habe sie aber

nicht getan, da der Platz an der Fontane-Schule fehle. Frau Schmidt hätte aktuell schon zu wenig Platz und sie wisse nicht, wo sie einen zweiten Schulsozialarbeiter unterbringen könnte. Die Schule könnte vieles nicht durchführen, weil nicht genügend Raum zur Verfügung steht.

Frau Gorski fragt, ab wann durch das Startchancen-Programm ein zweiter Sozialarbeiter eingesetzt werden könnte.

Frau Schellhase antwortet, dass das theoretisch ab 2027 funktionieren könnte, vorausgesetzt, sie habe bis dahin mehr Platz für ihre Schule.

Herr Schaffrath sagt, dass es in der BV/099/2025 um die Verteilung der Stellen ginge und in der BV/100/2025 um die Finanzierung bzw. Aufstockung. Die Abgeordneten müssten sich Gedanken machen, wie sie sich Schulsozialarbeit in Bad Freienwalde vorstellen. Er erklärt, dass er sich die Verteilung an das Gymnasium noch schwer vorstellen kann. Falls das Gymnasium die 0,51 Stellen auf eine Vollzeitstelle aufstocken möchte, wer würde dann die Kosten der Aufstockung tragen? Die Stadt oder der Landkreis als Schulträger?

Frau Köpke-Kurt sagt, dass es am Gymnasium keine Aufstockung geben würde. Der Landkreis bezahle bereits die 0,51 Stellen und würde nicht mehr aufstocken.

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Beschluss Nr.: BV/100/2025
Beratung und Beschlussfassung zur Bereitstellung von finanziellen Aufwendungen/Auszahlungen zur Sicherung der Finanzierung der Kooperationsvereinbarungen zur Umsetzung von Schulsozialarbeit an den Grundschulen und der Oberschule in der Trägerschaft d

Herr Schaffrath sagt, dass er sich über diese Vorlage freue. Er fragt, wie hier mit den 0,51 Stellen für das Gymnasium umgegangen wird.

Ja 3 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

10. Beschluss Nr.: FA/012/2025
Beratung und Beschlussfassung zur Umsetzung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf der B 158a zwischen Altgietzen und Hohenwutzen(Konradsbrück) im Bereich der Bushaltestelle.

Frau Gorski sagt, dass im Bereich dieser Bushaltestelle eine Geschwindigkeit von 100 km/h erlaubt sei. Die Geschwindigkeit sollte auf 50 km/h reduziert werden, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten.

Herr Behrendt fragt, ob diese Geschwindigkeitsreduzierung wirklich notwendig sei. Als Einwohner von Hohenwutzen fahre er dort selbst täglich entlang und auf der kurzen Strecke würde es sich gar nicht lohnen, auf 100 km/h zu beschleunigen. Er habe noch nie jemanden erlebt, der diese Höchstgeschwindigkeit ausnutzt. Außerdem würde die Haltestelle kaum genutzt. Es sei fraglich, ob ein ausgeglichenes Kosten-Nutzen-Verhältnis gegeben ist. Er sei nicht gegen den Antrag, aber ob hier wirklich eine Notwendigkeit besteht, wäre fraglich.

Frau Gorski sagt, dass der Stadt durch einen Antrag beim Straßenverkehrsamt keine Kosten entstehen würden. Sie kenne keine Haltestelle, bei der mit 100 km/h vorbeigefahren werden darf. Warum sollten die Kinder nicht geschützt werden? Sie erklärt, dass man aus beiden Richtungen sowieso aus einem

Ort kommt und auf diesem Abschnitt dann einfach weiter mit 50 km/h in den nächsten Ort reinfahren könne. Es seien Eltern, deren Kinder dort ein- und aussteigen, mit diesem Problem an die AfD herangetreten.

Herr Dechsheimer sagt, dass die Geschwindigkeit an dieser Stelle bereits auf 70 km/h reduziert war, nur das Schild sei abhandengekommen. Die Geschwindigkeit nun weiter auf 50 km/h zu reduzieren sei seiner Meinung nach nicht zwingend notwendig.

Frau Gorski sagt, dass ohne das Schild an dieser Stelle 100 km/h gelten würden. Der Sachverhalt sei durch das Straßenverkehrsamt zu prüfen, weshalb der Fraktionsantrag eben die Stellung des dafür notwendigen Antrages verlangt.

Herr Dechsheimer fragt, warum die Eltern ihre Kinder überhaupt an dieser Haltestelle ein- und aussteigen lassen und nicht an der Haltestelle im Dorf, wo es weniger gefährlich ist.

Frau Gorski sagt, dass in der Nähe der Haltestelle mehrere Häuser liegen, deren Kinder die Haltestelle nutzen. Nicht jedes Elternteil habe die Möglichkeit, sein Kind zu einer anderen Haltestelle zu bringen.

Herr Dr. Schmook sagt, dass der Antrag aus seiner Sicht sinnvoll ist. An Bushaltestellen müsse nicht 100 km/h gefahren werden. Es handle sich hier um einen Prüfauftrag, der letztendlich durch das Straßenverkehrsamt entschieden wird. Außerdem liege die Haltestelle an einer Bundesstraße. Die Stadt könne die Entscheidung ohnehin nicht treffen, sondern nur gute Argumente liefern.

Frau Gerhard-Kriemelke schlägt vor, bei der Verwaltung nachzufragen, was mit dem 70 km/h-Schild passiert ist.

Ja 3 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

11. Anfragen / Informationen

Herr Dr. Schmook fragt, wie weit der aktuelle Stand zur Umbenennung der Amtsstraße in Peter-Friedrich-Mengel-Straße ist.

Herr Schaffrath fragt nach dem Sachstand des Beschlusses zur Bushaltestelle am Fährkrug in Schiffmühle.

Herr Dechsheimer sagt, dass in Neuenhagen vor der Inselgrundschule ständig eine große Pfütze stehen würde. Er bittet darum, hier eine Lösung zu finden.

12. Beschluss Nr.: IV/023/2025 Entwurf einer Richtlinie zur freiwilligen Förderung in den Bereichen Sport, Soziales und Kultur in der Stadt Bad Freienwalde (Oder) "Kleinstförderung"

Frau Pohlmann sagt, dass sie von Herrn Lehmann gebeten wurde, zu informieren, dass die Vorlage nicht dem Entwurf der Verwaltung entspreche.

Frau Gorski sagt, dass dies nicht der Wahrheit entsprechen würde. Frau Friedrich hätte diesen Entwurf aufgrund der Beratungen in der letzten Ausschusssitzung ausgearbeitet. Die Satzung sei in der vorliegenden Form in Ordnung und wenn sie sich nicht in der Praxis bewähre, könnten jederzeit Änderungen vorgenommen werden.

Herr Schaffrath sagt, dass die aktuelle Version der Satzung aus dem Ratsinformationssystem Unterschiede zu der ursprünglichen Variante aufweist. Er bittet darum, heute nicht darüber zu beraten, sondern dieses Problem erst zu prüfen.

Frau Gorski sagt, dass die Debatte dann auf die nächste Sitzungsfolge verschoben wird.

Bad Freienwalde (Oder), den 10.03.2026

gez. Ramona Gorski
Vorsitzende

Protokollerstellung durch Tonbandaufnahme
durch Frau Duckert